

2453/J XXI.GP  
Eingelangt am: 11.05.2001

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Franz Riepl und Genossen  
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend *neue Maßnahmen der Regierung gegen die Schwarzarbeit*

Laut zuverlässigen Informationen aus Regierungskreisen will die FPÖVP - Koalition eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einrichten. Sollte dies zutreffen würde dies unter das Schlagwort „neuer Wein in alten Schläuchen“ fallen, da die damalige SPÖ - ÖVP - Regierung bereits ein umfangreiches und mit den Sozialpartnern bereits abgestimmtes Paket zur Bekämpfung der (organisierten) Schwarzarbeit fertig ausgearbeitet hatte. Die Umsetzung scheiterte damals an wirtschaftsfreundlichen Gruppierungen innerhalb der ÖVP.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen aus gegebenem Anlass an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

**Anfrage:**

- 1) Stimmt es, dass die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ins Leben gerufen hat?
- 2) Wenn ja, welche Aufgabenstellung und welche Ziele hat diese Arbeitsgruppe?
- 3) Wie ist diese Arbeitsgruppe personell zusammengesetzt?
- 4) Sind die Sozialpartner zur Mitarbeit eingeladen? Wenn nein, warum nicht?
- 5) Halten sie das zur Bekämpfung der illegalen Schwarzarbeit vorhandene Personal in den Arbeitsinspektoraten für ausreichend?
- 6) Wieviele Kontrollen und Anzeigen wurden im Jahr 2000 wegen illegaler Beschäftigung von den Arbeitsinspektoraten durchgeführt bzw. zur Anzeige gebracht?
- 7) Wieviele illegal beschäftigte ArbeitnehmerInnen wurden bei diesen Kontrollen festgestellt?